

„Aus“ für Postfrachtzentrum

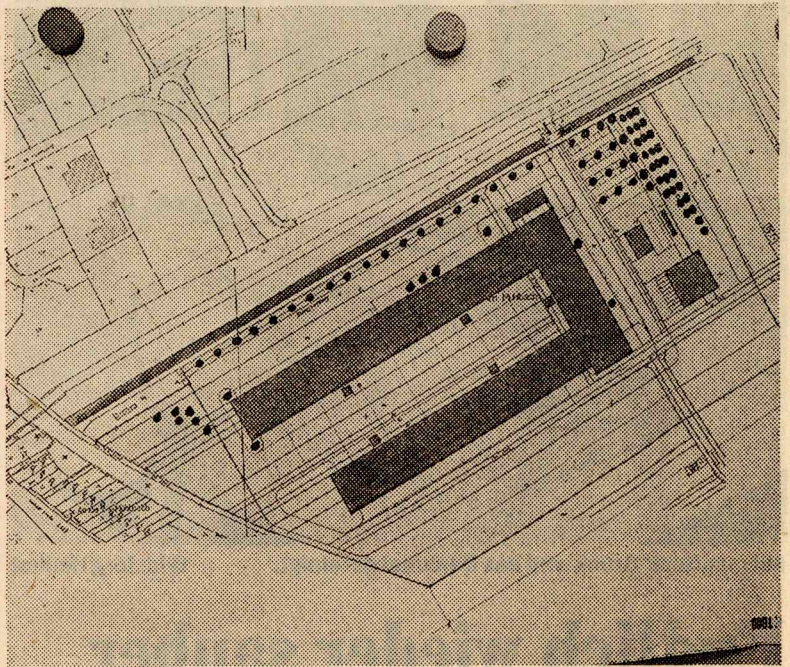
Bodenheimer Grundstückseigentümer akzeptierten Preis nicht

eml/sb/kss. VG BODENHEIM/MAINZ — Monatlang hatte die Landesregierung taktiert und verhandelt, wochenlang diskutierten die Kommunalparlamente, doch dann, in nur gut einer halben Stunde, entschwebte das geplante Postfrachtzentrum im „Unterfeld“ wieder vor den Augen seiner Befürworter, ohne daß es jemand hätte festhalten können: Mehrheitlich haben 20 der 25 Grundeigentümer am vergangenen Freitag in einer Versammlung ihren Unwillen bekundet, vom eigenen Grund und Boden zu lassen. Die von der Gemeinde Bodenheim gebotenen 55 Mark pro Quadratmeter waren den Besitzern zu wenig.

Obwohl die Post bereit war, mehr zu zahlen, ließ die Gemeinde — die den Grunderwerb tätigen und das ganze Bauland der Post verkaufen sollte — nicht mit sich verhandeln. Denn jenseits der L 413, wo das Bodenheimer Gewerbegebiet wächst und gedeiht, klingelte die Kasse bei solchen Transaktionen auch nicht kräftiger. „Es wäre ungerecht gewesen, wenn wir hier einen anderen Preis geboten hätten“, sagte Ortsbürgermeister Alfons Achatz gegenüber der AZ.

In der Koblenzer Oberpostdirektion wehen die Fahnen nun auf halbmast. „Das Ding ist abgefahren. Ich stehe jetzt erst einmal vor dem Nichts.“ Im Gespräch mit unserer Zeitung ist dem zuständigen Abteilungsleiter Dieter Ochs die Enttäuschung unschwer anzumerken. Die ehrgeizigen postalischen Pläne sahen vor, daß der erste Spatenstich für das rund 100 Millionen Mark schwere Projekt im Frühjahr 1993 hätte erfolgen sollen. Der Standort bei Bodenheim/Nackenheim bot ideale Voraussetzungen vor allem im Hinblick auf die Vernetzung mit den übrigen 32 bundesweiten Zentren, mit denen die Post ihren Paketdienst auf Vordermann bringen möchte. Offen ist nun, ob es der Landesregierung gelingt, der Post eine Alternative schmackhaft zu machen. Gerade aus dem Osterurlaub zurück, hat somit der Arbeitsalltag den mit den Verhandlungen beauftragten Staatssekretär Jürgen Debus recht unsanft wieder eingeholt.

Ortsbürgermeister Achatz indes fiel nach eigenem Bekunden „ein Stein vom Herzen“, sei doch das



Die Planzeichnungen der Bundespost vergilben, ohne je realisiert worden zu sein. Mit dem „Nein“ der Grundstücksbesitzer ist das Thema Frachtzentrum in Bodenheim und Nackenheim vom Tisch. Bild: Archiv

geplante Zentrum „nicht unumstritten“ gewesen. Schließlich bedeutete es einen gewaltigen Eingriff in die Planung und Struktur des Bodenheimer Unterfeldes. „Ich hätte in der nächsten Gemeinderatssitzung wohl auch gegen das Projekt gestimmt“, ließ Achatz verlauten. Daß die Landesregierung den Bodenheimern ihr Verhalten übelnehmen wird, glaubt der Bürgermeister nicht: „Das war halt eine kommunalpolitische Entscheidung“, und die müsse akzeptiert werden.

„Ein todsicherer Arbeitgeber ist jetzt weg“, bedauerte Nackenheims Ortschef Günter Ollig die Entscheidung in der Nachbargemeinde. Er erfuhr erst durch die AZ vom Scheitern der Post-Pläne. „Wir haben nur für 40 Prozent der Erwerbstätigen aus der VG auch Arbeitsplätze vor Ort“, schloß sich Verbandsgemeinde-Bürgermeister Gerhard Krämer der Meinung Olligs an. Deshalb habe er die Ansiedlung des Großunternehmens befürwortet: „Mit den Problemen, die sich etwa durch den Anfahrtsverkehr ergeben hätten, wären wir fertig geworden“. Aller-

dings betont der VG-Bürgermeister, daß die Verwaltung auf die Grundstückseigentümer keinen Druck habe ausüben wollen.

Nach der Zusammenkunft am Freitag ist die für Mittwoch vorgesehene Sitzung des Bodenheimer Gemeinderates jetzt nicht mehr notwendig. Die CDU, die sich noch Bedenken über die Pläne der Bundespost ausbedungen hatte, fällt bereits am vergangenen Dienstag eine negative Entscheidung. Wie Ortsverbandsvorsitzender Ewald Pfeiffer der AZ mitteilte, habe der Vorstand der CDU-Fraktion im Gemeinderat empfohlen, den Antrag auf Bau des Frachtzentrums abzulehnen. „Diese Entscheidung haben wir uns sehr schwer gemacht“, beteuerte Pfeiffer, der vor allem auf die 250 LKW verwies, die täglich an- und abgefahren wären. „Das ganze hätte sich nur 500 Meter vom Baugebiet entfernt abgespielt“, klagte der CDU-Politiker mit Blick auf die Lärmbelästigungen. Die Tatsache, daß eine „wahnsinnig große“ Fläche versiegelt worden wäre, habe seine Partei in ihrer Auffassung bestärkt.